Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
CDU-Ratsfraktion
FDP-Ratsfraktion
SPD-Ratsfraktion

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag	**0617/2007** **öffentlich** **31.05.2007**
Datum **Gremium** **Antragsteller/in** Ö 31.05.2007 Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit Ratsherr Lintzen, CDU-Ratsfraktion Ratsfrau Pries, CDU Ratsfraktion Ratsfrau Langfeldt, SPD Ratsfraktion Ratsfrau Rosin, Ratsfraktion B90/die Grünen Ratsherr Brandtner, FDP Ratsfraktion	
Betreff: Änderungantrag Einrichtung einer Babyklappe in Kiel	

Änderungsantrag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, bis Ende August 2007 zur Frage der Einrichtung einer „Babyklappe" in Kiel von allen dazu relevanten Organisationen und Institutionen eine schriftliche Stellungnahme einzuholen.

   Dazu sollen u.a. gehören:
   - ZIP (Zentrum für Integrative Psychiatrie)
   - Kinderschutzbund
   - Hilfeeinrichtungen und Beratungsstellen für Frauen, Schwangere und Familien
   - Amt für Familie und Soziales
   - Kirchen
   - Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände
   - Referat für Frauen der Landeshauptstadt Kiel

2. Darüber hinaus sollen auch Institutionen, die als geeignete Träger/Anbieter einer Babyklappe in Frage kämen, z.B. Städtisches Krankenhaus Kiel, Sozialdienst Katholischer Frauen, Sterni-Park und weitere, um eine Stellungnahme gebeten werden.

3. Die Stellungnahmen werden dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit am 27.09.2007 sowie dem Jugendhilfeausschuss am 06.09.2007 als Beratungs- bzw. Entscheidungshilfe vorgelegt.

4. Die Ratsversammlung wird noch in diesem Jahr über die Einrichtung einer Babyklappe abschließend entscheiden.

Begründung:

Angesichts der nach wie vor relativ hohen Anzahl an Kindesaussetzungen, Kindesvernachlässigungen oder Misshandlungen ist es erforderlich, in Not geratenen Frauen ein möglichst optimales und differenziertes Hilfsangebot zu unterbreiten. Die vorhandenen Dienste in der Landeshauptstadt Kiel sind sehr gut in der Lage, Frauen mit Konfliktschwangerschaften oder weitergehenden Problemen Hilfe zu leisten. Dennoch gibt es noch immer eine Gruppe von Frauen, die eine Schwangerschaft geheim halten oder verdrängen, bzw. keine Möglichkeit für sich sehen das Kind zu versorgen und aufzuziehen. Die Problematik, genau diesen Personenkreis mit Hilfsangeboten zu erreichen gestaltet sich äußerst schwierig. Aus diesem Grund müssen immer wieder alle Möglichkeiten geprüft und Hilfsnetze optimiert werden.

gez. Michaela Pries
gez. Sönke Lintzen f.d.R.

gez. Gesa Langfeldt f.d.R.

gez. Regina Rosin f.d.R.

gez. Wolf-Dietmar Brandtner f.d.R.